

# Pressemitteilung



Der Kinderschutzbund  
Landesverband  
Rheinland-Pfalz

**Deutscher Kinderschutzbund**  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Ansprechpartner:  
Klaus Peter Lohest

Tel.: 49 176 579 28033  
Klaus.peter.lohest@kinderschutzbund-rlp.de  
www.kinderschutzbund-rlp.de

**12.10.2022**

## **Kinderschutzbund fordert Schutzkonzepte an allen Schulen des Landes und eine breite Beteiligung am Pakt gegen sexualisierte Gewalt**

Kompakt:

MAINZ. Im Kampf gegen sexualisierte Gewalt an Kindern sollen auch in Rheinland-Pfalz alle Schulen verpflichtet werden, Schutzkonzepte zu erarbeiten. Eine zeitnahe Änderung des Schulgesetzes sei ein starkes Signal, dass die Landesregierung es mit ihrem „Pakt gegen sexualisierte Gewalt“ ernst meint, sagte der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Christian Zainhofer. Während eines Parlamentarischen Abends forderte er die Landesregierung zudem auf, den avisierten Pakt nicht „unter sich auszumachen“, sondern alle relevanten Akteure, Betroffene und junge Menschen einzubinden. Dies sagte Staatssekretär David Profit auch zu.

Zahlreiche Abgeordnete des Landtags und Mitglieder der Landesregierung nutzten die Gelegenheit, sich von namhaften Expert\*innen über den Themenschwerpunkt „sexualisierte Gewalt“ informieren zu lassen. Das Vorhaben der Landesregierung und ein gerade abgeschlossener ähnlicher Prozess in Hessen gaben neben den nach wie vor erschreckenden Fallzahlen hinreichend Anlass.

Landtagspräsident Hendrik Hering begrüßte als Hausherr die zahlreichen Gäste – der rege Zuspruch belege, welche Bedeutung das Thema in Landesregierung und Parlament habe. Er würdigte die Initiative des Kinderschutzbundes, der ein wichtiger Partner der Landespolitik sei. Es gehe darum, Kinder stark zu machen und sie auf ihre Rechte hinzuweisen. Gleichzeitig brauchten sie Menschen in unterschiedlichen Rollen, die aufmerksam zuhören und wirksam helfen, etwa Ärztinnen, Lehrer, Erzieherinnen, Nachbarn oder Freunde.

Auf die Entwicklung des hessischen Landesaktionsplans ging Ute Zillig, Professorin an der Frankfurt University of Applied Sciences, in ihrem einleitenden Vortrag ein. Sie schilderte die pandemische Verbreitung sexualisierter Gewalt und leitete daraus politische Handlungserfordernisse ab. Aus der Erfahrung in Hessen mit dem Landesaktionsplan plädierte sie für eine breite Diskussion – in Hessen waren 120 Menschen beteiligt, sowohl Fachkräfte als auch Kinder, Jugendliche und Betroffene. In sechs Themenfeldern, von digitalen Formaten bis zur Übernahme in Ausbildung und Studium, wurden konkrete Handlungsforderungen erarbeitet, etwa die Einrichtung eines Betroffenenbeirats oder mehr Fachberatungsstellen.

Dass die Landesregierung sexualisierte Gewalt energisch bekämpfen wird, versicherte Staatssekretär David Profit vom Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes. Die Gegenmaßnahmen seien breit über Ressortgrenzen hinweg zu planen. Es gehe um Präventionsmaßnahmen wie Schutzkonzepte, um Unterstützung der Opfer, Strafverfolgung, Aufklärung, Forschungsarbeit, Initiativen in Politik und Verwaltung. Beim Pakt gegen sexualisierte Gewalt, der Anfang 2023 startet, sind im Grund fast alle Ministerien gefordert. Der Prozess soll sowohl in Politik und Verwaltung als auch in Vereinen und Verbänden angesiedelt werden und Betroffene einbinden. Er wünschte sich mehr Schutzkonzepte, nicht für den Aktenordner, sondern für die konkrete Umsetzung. Erfreulich: Es gibt schon ein Budget, um schnell konkret zu handeln. Der Landtag ist sich über alle Fraktionen hinweg weitestgehend einig, dass sexualisierte Gewalt energisch bekämpft werden muss.

In einer Gesprächsrunde wurde das Problem aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Anja Bischoff-Fichtner, stv. Geschäftsführerin des Kinderschutzbundes in Landau, resümierte, dass zwar mehr über das Thema gesprochen wird, auch weil in Institutionen über Schutzkonzepte gesprochen wird. Aber es gibt noch viel zu tun: Bischoff-Fichtner plädierte für mehr Schulsozialarbeiter:innen und andere Erwachsene als Helfende und Wegweiser, als Menschen, die den Kindern zuhören, das Gehörte nicht bagatellisieren und konkret Hilfe leisten oder sie vermitteln. An allen Stellen müsse ausgebildet, sensibilisiert und vorbereitet werden – von der Schule bis ins Gericht.

Eine Betroffene ließ die Anwesenden teilhaben an ihren eigenen schlimmen Erfahrungen, die sie als Neunjährige durch Missbrauch innerhalb der Familie machen musste. Sie habe nicht begreifen können, was da mit ihr passierte. Hilfe fand sie lange nicht. Es war ein unangenehmes Thema für die Erwachsenen, die sie ansprach. Irgendwann fand sie eine Lehrerin, die ihr glaubte, und die helfen wollte. Aber sie wusste auch nicht Bescheid, empfand große Unsicherheit. Für die Schule insgesamt schien es schwer, mit ihr und ihrer Last umzugehen. Hilfe fand sie erst nach einiger Zeit beim Kinderschutzbund. Heute sammelt sie als Studierende weitere traurige Erfahrungen: Das Thema fehlt bislang in den Studienordnungen.

A. von der Landesschüler:innenvertretung, ebenfalls Betroffene, berichtete von Problemen auch im Freundeskreis, der ihr nicht glaubte. Sie fand in der Schule keine Hilfe bei den Lehrer:innen. Deshalb plädiert sie sowohl für Fachkräfte, Schulsozialarbeiter:innen, und für eine gründliche Aus- und Fortbildung der Lehrer:innen. Sie hob hervor, wie wichtig Schüler:innen-Vertretungen sind, als Anlaufstelle und für konkrete Hilfen.

Stefan Glasner, Leiter von jugendschutz.net, hob hervor, dass on- und offline nicht mehr unterschieden werde. Das gilt auch für sexualisierte Gewalt. Hier geschieht die Verlängerung der Taten ins Netz, etwa über die Herstellung und Verbreitung von Bildmaterial, die Anmache, das so genannte Grooming, bis hin zu konkreten Angeboten der tatsächlichen Vermittlung von

Kindern für reale Taten. Er plädiert für eine Mischung aus technischen Vorkehrungen und konkreter Präventionsarbeit.

Die Haltung des Kinderschutzbundes Rheinland-Pfalz brachte dessen Landesvorsitzender Christian Zainhofer auf den Punkt. Schutzkonzepte für alle Schulen verpflichtend, intensive Ausbildung aller mit Kindern und Jugendlichen befassten Berufsgruppen. Und vor allem: Aufnahme der Kinderrechte in die Landesverfassung, auch um Kinder in Verfahren zu beteiligen. Er macht deutlich, dass hinter jedem einschlägigen Bild im Internet eine Gewalttat gegen Kinder steht.

Die Veranstaltung wurde sachkundig moderiert von Heinz Müller, Geschäftsführer des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism).